

# Inhaltsverzeichnis

<b>Kapitel 1: Einleitung.....</b>	<b>19</b>
A. Gegenstand und Gang der Untersuchung.....	19
B. Hintergrund: Die Förderung erneuerbarer Energien als wichtiger Bestandteil des Klimaschutzes .....	20
I. Bedeutung von Klimaschutzmaßnahmen im Allgemeinen.....	21
II. Klimaschutz als Rechtsgebiet.....	22
III. Die Einbettung der Maßnahmen zur Förderung erneuerbarer Energien in den Kontext der Klimaschutzbemühungen auf völkerrechtlicher, europäischer und nationaler Ebene .....	23
1. Die Europäische Förderung erneuerbarer Energien .....	23
2. Die Förderung erneuerbarer Energien im nationalen Recht mit Ausnahme des Wärmesektors.....	25
C. Referenzbereich: Nutzbarmachung der Potenziale erneuerbarer Energien im Wärmesektor .....	28
I. Der Einsatz erneuerbarer Energien im Wärmesektor – eine kurze technologische Betrachtung .....	29
II. Das baden-württembergische Wärmegesetz .....	30
III. Die bundesgesetzliche Regelung.....	31
IV. Ein Vergleich der baden-württembergischen mit der bundesstaatlichen Regelung.....	33
V. Die Richtlinie 2009/28/EG .....	34
VI. Die Diskussion im Vorfeld der Einführung des EE-WärmeG .....	35
<b>Kapitel 2: Das Bonusmodell.....</b>	<b>39</b>
A. Beschreibung des Bonusmodells und seiner Funktionsweise am konkreten Beispiel der Förderung erneuerbarer Energien im Wärmesektor .....	39
I. Der Förderungsaspekt.....	39
II. Der Belastungsaspekt .....	40
III. Übergeordnetes Ziel: Klimaschutz.....	44

<b>IV.</b>	<b>Die Aufgaben des Bonusmittlers .....</b>	44
1.	Anspruchsgeltendmachung.....	45
2.	Anspruchsprüfung.....	46
	a. Kleinanlagen.....	46
	b. Großanlagen .....	48
<b>B.</b>	<b>Abstrakte Konturierung des instrumentellen Charakters des Bonusmodells .....</b>	48
I.	Modellkern .....	48
1.	Finanzielle Förderung gemeinwohldienlicher Aufgaben von Privaten durch Private .....	48
2.	Rechtlich-technische Ausgestaltung.....	49
	a. Gesetzliche Inverantwortnahme eines Privaten zur finanziellen Förderung .....	49
	b. Öffentliche Aufgabe .....	50
	c. Rechtsnatur des Bonusmittlers und seiner Tätigkeit .....	50
	aa. Analyse des Rechtsverhältnisses zwischen dem Bonusmittler und den Begünstigten.....	51
	bb. Analyse des Rechtsverhältnisses zwischen dem Bonusmittler und den Verpflichteten.....	55
	cc. Analyse des Rechtsverhältnisses zwischen dem Bonusmittler und der Behörde.....	55
	dd. Fazit.....	55
II.	Modellkonstellationen .....	56
III.	Steuerungspotenziale.....	56
1.	Effekte.....	57
2.	Kernsteuerungsziel: Steuerung durch positive Anreize .....	57
3.	Steuerungsziel: Steuerung durch Doppellenkung .....	58
4.	Steuerungsziel: Ausschließlich positive Lenkung.....	58
5.	Interessengewichtung .....	59
<b>C.</b>	<b>Privatubventionierungen im Rahmen anderer Instrumente in Abgrenzung zum Bonusmodell .....</b>	60
I.	Handelbare Umweltverpflichtungen .....	61
1.	Zertifikatslösungen .....	61
	a. Beschreibung des Instruments.....	61
	aa. Festsetzung der Gesamtmengenobergrenze.....	61
	bb. Festsetzung der Mengenmindestgrenze (Quotenmodelle) .....	63

b. Privatsubventionierung im Rahmen des Zertifikatsmodells .....	64
c. Abgrenzung der Zertifikatsmodelle vom Bonusmodell .....	64
d. Ergebnis .....	66
<b>2. Handelbare Umweltverpflichtungen ohne staatliche Zertifikatslösung am Beispiel des Ökokontos .....</b>	<b>67</b>
a. Beschreibung des Instruments .....	67
b. Privatsubventionierung im Rahmen einer Ökokontoregelung .....	70
c. Abgrenzung der Ökokontoregelungen vom Bonusmodell.....	70
d. Ergebnis .....	72
<b>II. Abgabenregelungen.....</b>	<b>73</b>
<b>1. Die Sonderabgabe und die „Abgabe eigener Art“.....</b>	<b>73</b>
a. Beschreibung des Kerninstruments .....	73
b. Unterschiedliche Modell-Konstellationen.....	74
c. Privatsubventionierung im Rahmen einer Sonderabgabenregelung .....	74
d. Abgrenzung der Sonderabgabe vom Bonusmodell .....	74
e. Ergebnis .....	74
<b>2. Die Zwecksteuer .....</b>	<b>75</b>
a. Beschreibung des Kerninstruments .....	75
b. Unterschiedliche Modell-Konstellationen.....	77
c. Privatsubventionierung im Rahmen einer Zwecksteuerregelung .....	78
d. Abgrenzung der Zwecksteuer vom Bonusmodell .....	78
e. Ergebnis .....	78
<b>III. Preis- und Vergütungsregelungen.....</b>	<b>78</b>
<b>1. Beschreibung des Kerninstruments .....</b>	<b>78</b>
<b>2. Modellkonstellationen .....</b>	<b>79</b>
a. Abgabenähnliche Preisregelungen im Sinne von Mindestpreisvorgaben .....	79
b. Zwangsrabattverpflichtungen .....	80
c. Lohnfortzahlungsregelungen .....	81
d. Abhängigkeit vom zugrunde liegenden Rechtsverhältnis und der konkreten verpflichteten Gruppe.....	81
<b>3. Privatsubventionierung im Rahmen von Vergütungsregelungen.....</b>	<b>81</b>
<b>4. Abgrenzung der Vergütungsregelungen vom Bonusmodell .....</b>	<b>83</b>
<b>5. Ergebnis .....</b>	<b>85</b>
<b>6. Sonderfall: § 5a KWKG 2009 .....</b>	<b>85</b>
a. Beschreibung des Instruments.....	85
b. Privatsubventionierung im Rahmen des § 5a KWKG .....	85
c. Abgrenzung der Regelung des § 5a KWKG vom Bonusmodell .....	86
d. Ergebnis .....	87

<b>Kapitel 3: Die Vereinbarkeit des Bonusmodells mit den finanzverfassungsrechtlichen Bestimmungen des Grundgesetzes der Bundesrepublik Deutschland .....</b>	<b>89</b>
<b>A. Lösung bei Unterstellung einer Gefährdung der Finanzverfassung durch über Art. 70 ff. GG erhobene gegenleistungslose Abgaben .....</b>	<b>90</b>
I. Direkte Prüfung des Bonusmodells an den finanzverfassungsrechtlichen Bestimmungen des GG?.....	90
II. „Analoge“ Anwendbarkeit der herrschenden Sonderabgabendogmatik auf Bonusregelungen.....	90
1. Diskussionsstand hinsichtlich anderer Fälle von finanziellen Inpflichtnahmen .....	91
2. Darstellung der aus Sicht des Bundesverfassungsgerichts und weiter Teile der Literatur geschaffenen Gefährdungslage für die Schutzgüter der Finanzverfassung .....	93
a. Gefahr für die Vollständigkeit des Haushaltspans und die Budgethoheit des Parlaments .....	94
b. Gefahr für die bundesstaatliche Kompetenzordnung und den bundesstaatlichen Finanzausgleich zwischen Bund und Ländern .....	96
c. Gefährdung der Lastengleichheit .....	98
d. Konsequenzen des Bundesverfassungsgerichts .....	98
3. Schlussfolgerungen bezogen auf Bonusregelungen .....	99
4. Ergebnis .....	101
III. Prüfung des Bonusmodells an den Sonderabgaben-Voraussetzungen des Bundesverfassungsgerichts im konkreten Fall.....	102
1. Erfordernis der Gruppenhomogenität .....	102
a. Belastungsfrage .....	102
aa. Erkenntnisse aus der Kohlepennigentscheidung des Bundesverfassungsgerichts .....	103
bb. Erkenntnisse aus den Diskussionen zum StomEG und EEG .....	104
cc. Zwischenergebnis .....	106
dd. Schlussfolgerungen bezogen auf Bonusregelungen .....	106
b. Homogenität der belasteten Gruppe .....	108
2. Sachnähe und Gruppenverantwortung .....	108
a. Schlichte Sachnähe zum Sachzweck .....	109
b. Besondere Verantwortungsbeziehung .....	110

aa. Normative Verantwortung .....	110
bb. Wechselwirkungen mit dem Kriterium der Gruppennützigkeit ...	110
(1) Die Berufsausbildungsabgabenentscheidung des BVerfG ....	110
(2) Die Absatzfonds-Entscheidung des BVerfG .....	112
<b>3. Gruppennützige Verwendung des Aufkommens .....</b>	<b>115</b>
a. Vergleich mit der Begründung einer gruppennützigen Geldverwendung im Rahmen der Verpflichtung nach § 5 EEG	
a.F.....	115
b. Gruppennützigkeit bei Verursachung oder potenzieller Verursachung eines Schadens .....	117
aa. Die Klärschlamm entscheidung des BVerfG.....	117
bb. Übertragung der Erkenntnisse auf das Bonusmodell .....	119
(1) Verursachereigenschaft der Inverkehrbringer fossiler Brennstoffe im Sinne dieser Entscheidungen .....	119
(2) Versicherungssähnliche Leistung .....	119
c. Interesse an der Verbesserung der Klimaproblematik als Nutzen? ...	119
d. Ergebnis .....	119
<b>4. Fremdnützige Verwendung .....</b>	<b>120</b>
a. Rechtmäßige, fremdnützige Regelungen im Falle offensichtlicher Abgrenzbarkeit bzw. fehlender Konkurrenz zur Steuerregelung.....	120
aa. Schwerbehindertenabgabe .....	120
bb. Investitionshilfeabgabe .....	121
cc. Wasserentnahmementgelt bzw. „Wasserpennig“ .....	122
dd. § 128 AFG.....	124
ee. Fehlbelegungsabgabe .....	125
ff. Sozialversicherungsbeiträge .....	125
gg. Künstlersozialabgabe .....	126
hh. Triftiger Grund .....	127
ii. Bundesverwaltungsgericht zur landesrechtlichen Naturschutzabgabe .....	127
jj. Verursacherabgabe in der Literatur .....	129
kk. Zwischenergebnis .....	130
b. Unzulässige fremdnützige Regelungen .....	132
aa. Feuerwehrabgabe .....	132
bb. Hessisches Sonderurlaubsgesetz .....	133
cc. Kohlepennig.....	133
dd. Abfallverbringungsabgabe .....	134
c. Übertragung der Erkenntnisse auf das Bonusmodell .....	134
d. Ergebnis .....	138

<b>IV.</b>	<b>Abstrakte Beurteilung einer Bonusregelung nach Maßgabe der Sonderabgabenvoraussetzungen.....</b>	139
<b>B.</b>	<b>Reduzierung der vom Bundesverfassungsgericht aufgestellten Zulässigkeitsvoraussetzungen für Sonderabgaben auf das Kriterium der besonderen Verantwortung .....</b>	140
I.	Berücksichtigung der neueren Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts zur Sonderabgabenproblematik .....	140
II.	Verantwortung als entscheidendes Kriterium .....	142
III.	Mehr Schutz durch das Kriterium der Gruppennützlichkeit? .....	145
	1. Schutz des Budgetrechts des Parlaments.....	146
	2. Schutz der Kompetenzordnung .....	147
	3. Schutz der Belastungsgleichheit.....	147
IV.	Ergebnis.....	148
<b>C.</b>	<b>Modifizierung der Sonderabgabendogmatik und Entwicklung des Verantwortungsprinzips.....</b>	150
I.	Erfordernis einer konkreten Abweichung von den Vorgaben der Art. 105 ff. GG.....	151
II.	Erfordernis einer konkreten Beeinträchtigung von materiellen Schutzgütern bzw. Grundprinzipien der Finanzverfassung .....	152
III.	Konkrete Beeinträchtigung von materiellen Schutzgütern der Finanzverfassung durch über Art. 70 ff. GG erhobene, gegenleistungslose Zahlungspflichten?.....	154
	1. Beeinträchtigung von Rechten des Parlaments durch Fondsverwaltung.....	154
	a. Stellt eine Fondsverwaltung eine Abweichung von den Vorgaben der Art. 105 ff. GG dar? .....	154
	b. Schutz der Regierungskontrollfunktion des Parlaments .....	155
	c. Schutz der Gestaltungsfreiheit des Parlaments .....	156
	d. Besonderheiten in der Prüfung einer Zwecksteuerregelung .....	160
	e. Ergebnis .....	162
	2. Beeinträchtigung durch Abweichung von den Ertragskompetenzen ....	163
	a. Beeinträchtigung des bundesstaatlichen Finanzausgleichs .....	163
	aa. Schutzwürdigkeit des Systems? .....	164
	(1) Statisches System? .....	165
	(2) Dynamisches System .....	168
	(a) Indizien für die Offenheit des Systems .....	168

<b>(b) Vergleich mit der Parallelproblematik der Zulässigkeit eines Steuererfindungsrechts .....</b>	<b>169</b>
bb. Folgerungen bezogen auf Sonderabgaben und Bonus- bzw. Vergütungsregelungen .....	170
cc. Zwischenergebnis .....	173
b. Beeinträchtigung von Gemeinderechten i.S.d Art. 28 Abs. 2 GG .....	173
<b>3. Beeinträchtigung durch Abweichung von den Gesetzgebungskompetenzen.....</b>	<b>174</b>
a. Schutz von Individualrechten durch Art. 106 GG?.....	174
aa. Schutz der Lastengleichheit durch Leistungsfähigkeitssteuern....	175
bb. Lastengleichheit auch durch Äquivalenzsteuern .....	177
cc. Die Entwicklung des Verantwortungsprinzips .....	181
dd. Zwischenergebnis .....	183
ee. Schutz vor Überbelastung der Bürger?.....	184
ff. Ergebnis .....	185
b. Schutz vor unkoordinierter Überbelastung und Mehrbelastung durch Art. 105 GG? .....	186
aa. Der Begriff der Gleichartigkeit im Sinne des Art. 105 Abs. 2 GG .....	187
bb. Interpretation des Art. 105 Abs. 2a GG.....	193
(1) Der Begriff der Örtlichkeit im Sinne des Art. 105 Abs. 2a GG .....	194
(2) Der Begriff der Gleichartigkeit im Sinne des Art. 105 Abs. 2a GG .....	196
<b>4. Beeinträchtigung durch Abweichungen von Zustimmungserfordernissen .....</b>	<b>197</b>
<b>IV. Folgerungen.....</b>	<b>198</b>
<b>V. Begründung spezieller Zulässigkeitsanforderungen aus dem Gedanken der Absurdität .....</b>	<b>201</b>
1. Keine völlig beliebigen Abweichungen von Vorgaben der Art. 105 ff. GG.....	201
2. Gestattung von gegenleistungslosen Abgaben über Art. 70 ff. GG bei weitem Steuerverständnis überhaupt noch erforderlich? .....	203
<b>VI. Endergebnis .....</b>	<b>204</b>
<b>VII. Anschlussüberlegungen.....</b>	<b>207</b>
1. Art. 70 ff. GG nur für privatrechtlich ausgestaltete Zahlungspflichten	207
2. Art. 105 ff. GG nur für Leistungsfähigkeitsabgaben.....	207
<b>VIII. Übertragung der Erkenntnisse auf den Referenzfall .....</b>	<b>210</b>

<b>Kapitel 4: Grundrechtsprüfung unter Zugrundelegung der modifizierten Sonderabgabendogmatik .....</b>	<b>211</b>
<b>A. Vereinbarkeit von über Art. 70 ff. GG erhobenen, gegenleistungslosen Zahlungspflichten und von Steuern mit dem allgemeinen Gleichheitssatz des Art. 3 Abs. 1 GG .....</b>	<b>212</b>
I. Das Leistungsfähigkeitsprinzip als Garantie einer gerechten Belastung..	212
1. Gegenstandsfindung .....	213
a. Leistungsfähigkeit als hinreichender Belastungsgrund im Steuerstaat.....	213
b. Horizontal: weiter Spielraum .....	215
2. Folgerichtige Ausgestaltung .....	216
II. Abweichungen vom Leistungsfähigkeitsprinzip hinsichtlich der Anknüpfung der Zahlungspflicht an einen Gegenstand .....	216
1. Ergänzender Maßstab: Das Äquivalenzprinzip .....	216
2. Weitere Konturierung des Verantwortungsprinzips .....	218
a. Zahlungsverantwortung.....	219
aa. Ausgleichszahlungspflicht .....	220
(1) Ersatzzahlungspflicht .....	220
(2) Zahlungspflicht zur Vorteilsabschöpfung .....	220
bb. Verursacherverantwortung.....	223
cc. Zahlungspflicht wegen staatlicher Gegenleistung .....	223
b. Finanzierungsverantwortung .....	224
aa. Fürsorgeverhältnis.....	224
bb. Gruppennutzen.....	225
(1) Evidenter Gruppennutzen.....	225
(2) Mittelbarer Gruppennutzen .....	225
c. Zwischenergebnis .....	228
d. Kumulation mehrerer Aspekte am Beispiel des Mutterschutzes .....	228
aa. Nutzen.....	229
bb. Fürsorgegedanke .....	230
cc. Verursachergedanke .....	230
dd. Fazit.....	231
e. Wechselwirkungen zwischen dem Gruppennutzen-Kriterium und anderen Gesichtspunkten, die eine besondere Verantwortungsbeziehung in Fällen der Finanzierungsverantwortung begründen .....	232
f. Abgewandelte Verhältnismäßigkeitsprüfung bei Verantwortungsabgaben .....	233
3. Gestaltungszweck .....	234

<b>4. Ergebnis .....</b>	<b>237</b>
<b>III. Abweichungen vom Leistungsfähigkeitsprinzip hinsichtlich der Ausgestaltung .....</b>	<b>238</b>
<b>IV. Sonderlast mangels Steuergesetzgebungskompetenz .....</b>	<b>238</b>
<b>V. Gegenstandsfindung oder Ausgestaltung .....</b>	<b>239</b>
1. Abgrenzung am Beispiel der Verbrauchsteuern.....	239
2. Abgrenzung am Beispiel der Aufwandsteuern.....	241
3. Horizontale Betrachtung bei Verbrauchsteuern .....	243
4. Abgrenzung von Gegenstand und Folgerichtigkeit außerhalb der Verbrauch- und Aufwandsteuerproblematik .....	245
5. Rechtfertigungsanforderung .....	246
6. Ergebnis .....	248
7. Übertragung auf eine Sonderabgaben- oder Bonusregelung.....	248
<b>VI. Weitere Besonderheiten bei der Rechtfertigung von Verbrauchsteuern...</b>	<b>249</b>
1. Rechte der Unternehmer .....	249
a. Belastung der Unternehmer stellt rechtfertigungsbedürftige Sonderlast dar .....	249
b. Bedingungen für das Vorliegen einer Sonderbelastung.....	253
aa. Beeinträchtigung der Freiheitsgrundrechte der Unternehmer .....	254
bb. Eingriff in Art. 12 Abs. 1 GG .....	255
(1) Die Bedeutung der Höhe der Verbrauchsteuer .....	257
(2) Substitutsprodukte .....	258
cc. Eingriff in Art. 2 Abs. 1 GG .....	261
dd. Eingriff in Art. 14 Abs. 1 GG .....	262
ee. Zwischenergebnis .....	266
2. Gleichheitsrechte der Verbraucher .....	267
3. Ergebnis .....	271
4. Relevanz der Klärung der Abwälzungsproblematik.....	272
<b>B. Die Vereinbarkeit der Bonusregelung im Referenzfall mit dem allgemeinen Gleichheitssatz.....</b>	<b>273</b>
I. Charakter einer besonderen Verbrauchsteuer .....	273
II. Zulässigkeit einer äquivalenten Steuer.....	273
III. Gleichheitsrechte der Inverkehrbringer fossiler Brennstoffe.....	274
1. Sonderbelastung durch Eingriff in Art. 12 Abs. 1 GG .....	274
a. Die Gruppe der Verpflichteten nach dem Bonusmodell .....	274
b. Grundrechtsberechtigung der Verpflichteten .....	275
aa. Erdgaslieferanten .....	275

bb. Hersteller von Erdöl und Importeure von Flüssiggas .....	278
c. Schutzbereich und Eingriff.....	279
d. Sonderfall: Kumulativer Eingriff in die Berufsfreiheit.....	282
<b>2. Zwischenergebnis .....</b>	<b>284</b>
<b>3. Sonderbelastung durch Eingriff in die Eigentumsfreiheit.....</b>	<b>284</b>
<b>4. Rechtfertigung der Sonderbelastung .....</b>	<b>285</b>
a. Verantwortung der Inverkehrbringer .....	286
aa. Mittelbare Verursachung eines konturenlosen Schadensbeitrags	286
bb. Produktverantwortung des mittelbaren Verursachers.....	289
cc. Modifizierung des Gedankens der Vorteilsabschöpfung.....	290
dd. Intensität der Belastung .....	292
ee. Näherstehen der Verbraucher?.....	293
ff. Zwischenergebnis .....	294
b. Vergleich mit den Regelungen des EEG und KWKG .....	294
c. Belastung zur Erreichung eines Gestaltungszwecks .....	297
<b>5. Sonderbelastung durch Ungleichbehandlungen innerhalb der Gruppe der Inverkehrbringer .....</b>	<b>298</b>
<b>6. Ungleichbehandlung durch uneinheitliche Definition des Begriffs des Inverkehrbringens.....</b>	<b>301</b>
<b>IV. Endergebnis .....</b>	<b>303</b>
<b>C. Vereinbarkeit von über Art. 70 ff. GG erhobenen gegenleistungslosen Zahlungspflichten und von Steuern mit der Berufs- und Wettbewerbsfreiheit im Sinne des Art. 12 Abs. 1 GG....</b>	<b>303</b>
<b>I. Die Einbettung der Gleichheitsprüfung in die Prüfung einer Eingriffsrechtfertigung vor Art. 12 Abs. 1 GG .....</b>	<b>304</b>
<b>II. Rechtfertigung auf Grundlage eines Gestaltungszwecks .....</b>	<b>306</b>
<b>D. Die freiheitsgrundrechtliche Rechtfertigung des Eingriffs in Art. 12 Abs. 1 GG im Referenzfall.....</b>	<b>307</b>
<b>I. Klassifizierung des Eingriffs .....</b>	<b>307</b>
<b>II. Rechtfertigung durch vernünftige Erwägungen des Gemeinwohls .....</b>	<b>310</b>
1. Rechtfertigung aufgrund des Fiskalzwecks.....	310
2. Rechtfertigung aufgrund des Gestaltungszwecks.....	311
3. Ergebnis .....	314

<b>Kapitel 5: Schlussbetrachtungen.....</b>	<b>315</b>
<b>A. Vor- und Nachteile des Bonusmodells im Vergleich zu Abgabenregelungen.....</b>	<b>315</b>
I. Effektivität.....	315
II. Kosten.....	316
III. Europarechtskonformität .....	317
1. Art. 107 AEUV (ex-Artikel 87 EGV) .....	317
2. Verbrauchsteuer-Systemrichtlinie 2008/118/EG.....	318
IV. Ergebnis.....	320
<b>B. Vor- und Nachteile des Bonusmodells gegenüber anderen Förderinstrumenten .....</b>	<b>320</b>
I. Quotenmodelle .....	321
II. Ordnungsrechtliche Instrumente .....	323
III. Ergebnis.....	324
<b>C. Ausdehnung des Einsatzbereichs des Bonusmodells .....</b>	<b>324</b>
<b>D. Konkrete Vorschläge für den Einsatz des Bonusmodells.....</b>	<b>325</b>
I. Das Bonusmodell im Umweltsektor .....	327
1. Flugverkehr .....	327
2. Gentechnik .....	329
II. Das Bonusmodell in anderen Sektoren .....	333
1. Tierschutz.....	333
2. Gesundheitsschutz .....	333
3. Weitere konkrete Zahlungsverantwortungen .....	334
<b>E. Zusammenfassung der wesentlichen Untersuchungsergebnisse .....</b>	<b>335</b>
<b>Literaturverzeichnis.....</b>	<b>343</b>